



Es informiert Sie:	Laura Wallberg
Telefon:	02104/99-2153
Fax:	
E-Mail:	gf-soza@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 06.03.2025

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 20.02.2025, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Elke Thiele

Mitglieder

Andrea Monika Birk	
Ina Bisani	
Annette Braun-Kohl	ab 16:36 Uhr
Dirk Brixius	
Torsten Cleve	
Martina Hannewald	ab 16:35 Uhr
Nora Herrguth-Mertens	
Andreas Kanschat	
Ilona Kuchler	
Roman Lang	
Gerd Lungen	
Laura Niehof	ab 16:35 Uhr
Sybille Schettgen	
Annegret Schiffers	
Hildegard Schröder	
Ilka Sobirey	
Peter Sölch	
Elizabeth Yeboah	

Verwaltung

Esther Guist
Daniela Hitzemann
Martin Klemmer

Marcus Kowalczyk
Armin Römer
Laura Wallberg

Gäste

Ramon Grahl
Lilo Löffler
Katrín Richter
Nathalie Schöndorf

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.11.2024
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv
5. Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses aus dem Jahr 2024 50/001/2025
6. ALTERnativen 60plus - Bericht Koordination Demenznetz Kreis Mettmann 50/004/2025
7. Rechtliche Betreuung - aktuelle Entwicklungen 50/002/2025
8. Sachstandsbericht aus dem Kreisintegrationszentrum 50/003/2025
9. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

10. Informationen der Verwaltung
11. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende KA Thiele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Im Anschluss stellt sie die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung wurde fristgerecht am 07.02.2025 versendet.

Die Vorsitzende stellt die Anwesenheit fest. In der SPD-Fraktion wird KA Altvater durch KA Brixius vertreten. Zudem wird in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KA Kapell durch KA Herrguth-Mertens vertreten.

Im Anschluss stellt die Vorsitzende die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Die Benennung einer Berichterstatterin bzw. eines Berichterstatters für den Kreistag ist nicht erforderlich.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.11.2024

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.11.2024 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

Zu Punkt 4: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Frau Schöndorf. Diese beginnt mit einem Rückblick auf das Jahr 2024. Bei den Integrationsleistungen ist eine deutliche Steigerung festzustellen. Bei den Kund_innen nach §16 i SGB II lag die Integrationssteigerung bei 10%. Nicht immer sind diese Integrationen bedarfsdeckend, aber auf jeden Fall ein Erfolg. Auch durch das Teilhabechancengesetz konnten die Integrationsleistungen deutlich erhöht werden. In 2024 wurden insgesamt 91 Menschen integriert. Zwar handelt es sich dabei um keine große Zahl, stellt aber trotzdem einen Erfolg dar.

Für 2025 wurde zum Stand vom 17.02.2025 bereits eine Integration von 9 Personen festgestellt. In 2024 konnte das Jobcenter ME-aktiv im Bereich Jobturbo bemerkenswerte Fortschritte erzielen.

Der Bereichsleiter Herr Grahl berichtet, dass sich intensiv mit dem Jobturbo beschäftigt wurde und 2024 insgesamt ein erfolgreiches Integrationsjahr war. Unter den 7.000 Menschen, die aus der Ukraine und den acht großen Herkunftsländern kommen, konnten viele in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dafür wurde im Jobcenter ein eigenes Team errichtet. Geflüchtete Menschen leisten einen großen Anteil an der Deckung des Fachkräftebedarfes. Herr Grahl führt aus, dass 17% dieser Menschen in den Fachkräftebereich integriert wurden, während der Großteil vorerst als Helferkräfte tätig war. Es handelt sich hauptsächlich um Beschäftigungen in den Bereichen Lager, Logistik und Verkehr, gefolgt von Gastronomie und Reinigung, aber auch Pflege und Medizin. Darüber hinaus informiert er, dass die Woche nach dem Sozialausschuss ein Pflorgetalk stattfindet, bei dem Interessierte für den Pflegebereich teilnehmen können. Auch 12 Arbeitgeber werden dort anwesend sein. 100 der Geflüchteten befinden sich beim Jobcenter in einer Engpassbetreuung, da sie besondere Qualifizierungen aufweisen. Es handelt sich unter anderem um Lehrer_innen, Ärzt_innen, oder Erzieher_innen. Herr Grahl informiert, dass durch die Förderung von und Unterstützung durch Integrationsfachkräfte über 700 Menschen beruflich qualifiziert werden konnten. Unter die Qualifizierung fallen Möglichkeiten, wie Arbeitsgelegenheiten, eine berufliche Qualifizierung, Teilhabe am Arbeitsmarkt nach §16 i SGB II, aber auch Praktika, um erste Einblicke in einen Arbeitsbereich zu gewinnen. Außerdem hat das Jobcenter 60 Maßnahmen eingekauft, die voll ausgenutzt werden

sollen, um eine Integration der Menschen in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Der Eingliederungstitel wurde fast vollständig ausgeschöpft.

Frau Schöndorf führt aus, dass in 2025 vor allem die politische Lage das Jobcenter bewegt hat, insbesondere bei dem Thema Bürgergeld. Das Jobcenter befindet sich aktuell in einer vorläufigen Haushaltsführung, die Mittel wurden vollständig eingeplant. Bis Juli 2025 dürfen nur 45% des Verwaltungstitels ausgegeben werden. Deshalb werden aktuell nur die Pflichtleistungen genutzt. Außerdem wurde für 2025 das Budget um 6,8 % gekürzt, jedoch nicht so intensiv wie im Vergleich zu anderen Jobcentern in Deutschland. Daher ist das Jobcenter ME-aktiv für das Jahr gut aufgestellt. Zum Thema Arbeitsgelegenheiten berichtet Frau Schöndorf, dass sie die gleichen Ausgaben gemessen am Gesamtbudget wie im Vorjahr geplant haben, jedoch mit Kürzungen der Platzzahlen zu rechnen ist. Dabei stehen sie im stetigen Austausch mit den Trägern.

SB Sölch äußert, dass der Fokus in der Öffentlichkeit zu stark auf der Beschäftigung von sozialversicherungspflichtigen Geflüchteten liegt. Er erkundigt sich nach dem Verhältnis von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gegenüber den Beschäftigten im Leistungsbezug. Frau Schöndorf antwortet, dass die Zahl der Beschäftigten nachgereicht werden, um ein besseres Verhältnis aufstellen zu können.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die gewünschte Zahl kann statistisch nicht erhoben werden. Erhebbar ist nur die Anzahl von Personen, die Einkommen erzielen, dies muss aber nicht in jedem Fall aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung resultieren.

KA Cleve fragt, wie das Angebot bei den Arbeitsangelegenheiten aussieht und ob es ausreichend ist oder über die Befriedigung hinausgeht, wenn das gleiche Geld zur Verfügung steht. Hierzu führt Frau Schöndorf aus, dass nicht das gleiche Geld zur Verfügung steht, sondern dass sie prozentual gleich aufgestellt sind. Die Platzzahlen von Arbeitsgelegenheiten werden zwar gekürzt, es gibt aber weiterhin ein ausreichendes Angebot an Trägern. Die Voraussetzungen der Angebote werden geprüft und daraufhin entschieden, welche Träger Zuschläge bekommen. Es besteht jedoch kein Mangel.

KA Schettgen wirft die Frage auf, ob die Arbeitsgelegenheiten versicherungspflichtig sind. Frau Schöndorf teilt mit, dass es sich um Unterstützungsleistungen insbesondere für Menschen mit Handlungsbedarfen handelt. In erster Linie sollen die Gelegenheiten arbeitsfähig machen, um im Ergebnis eine Beschäftigung zu erzielen.

KA Küchler erkundigt sich nach der Erfolgsquote der Arbeitsgelegenheiten. Weiterhin führt sie für den Bericht der Geschäftsführung den Wunsch aus, dass über Ein-Euro-Jobs berichtet wird, insbesondere im Hinblick darauf, dass von den Geldern auch Fahrgelder und Kleidung gezahlt werden müssen. Dies soll für die Allgemeinheit öffentlich gemacht werden. Sie befindet die Darstellung der Integration von Geflüchteten als gut, bittet jedoch hier um absolute Zahlen. Als Beispiel führt sie die Integrationsquote zwischen Vätern und Müttern auf. Diese zeigt, dass Männer besser integriert werden als Frauen. Es fehlen ihr jedoch genaue Zahlen und Daten darüber, wie die Vermittlung mit den unterschiedlichen Berufszweigen zusammenhängt. Frau Schöndorf nimmt den Wunsch nach absoluten Zahlen für die Zukunft mit.

SB Birk möchte wissen, ob es Statistiken über die Anzahl der Abbrecher gibt. Herr Grahl erläutert, dass es Verbleibstatistiken und Messungen gibt. Auswertungen gibt es keine. Frau Birk stellt eine weitere Verständnisfrage zum Bericht der Geschäftsführung. Dort ist aufgeführt, dass die Zahl der Beschäftigten im Sozialversicherungsbereich um 48,2 % gestiegen ist, es fehlt jedoch eine statistische Bezugsgröße. Frau Schöndorf äußert, dass es sich um das Verhältnis zum Vorjahr handelt. Der Anstieg ist zurückzuführen auf die Personen, die aus den Sprachkursen in die Arbeit einmünden. In den anderen Herkunftsländern ist es ein geringerer

Anteil, da der Schwerpunkt auf der Ukraine lag. Es ist jedoch eine deutliche Steigerung im Verhältnis zum Vorjahr zu erkennen.

SE Schröder führt zu den Arbeitsgelegenheiten aus, dass es eine Reduzierung von 259 auf 207 Plätze gegeben hat. Ihr ist bewusst, dass auf die Bedarfe geschaut wird, jedoch hat eine Reduzierung der Platzzahlen zur Folge, dass es schwieriger wird, Plätze vorzuhalten. SB Sölch ergänzt, dass es eine starke Eindampfung ist und fragt, welchen Kriterien dies zugrunde liegt. Frau Schöndorf äußert dazu, dass Plätze nicht direkt Eintritte in Arbeitsgelegenheiten bedeuten. Sie schauen das Gesamtportfolio an, wo ihre Kunden leben und wohnen, wie die Kundenstruktur in den Städten ist und welche Bedarfe sie haben. Daraufhin wird geprüft, welche Angebote für die Personenkreise gemacht werden können. In diesem Jahr soll es spezialisierte Personenkreise geben, insbesondere für geflüchtete Frauen. Träger können sich bewerben und Angebote machen und an der Kundenstruktur wird geschaut, wie der Bedarf ist. Gemessen wird alles am Gesamtbudget.

KA Hannewald führt aus, dass weniger als die Hälfte der arbeitslosen Menschen im Kreis Mettmann ausländisch sind. Auf die gesamten Einwohner im Kreis bezogen, ist es jedoch eine hohe Quote von 10%. Sie fragt sich, worauf die Quote zurückzuführen ist. Frau Schöndorf begründet dies mit dem Krieg in der Ukraine, sowie den acht Herkunftsländern. KA Hannewald wirft ein, dass viele Ukrainer bereits einen Job haben, es bleiben trotzdem viele übrig. Frau Schöndorf beantwortet dies damit, dass Geflüchtete es oft nicht schaffen, ihre Lebenshaltungskosten alleine decken zu können. Zudem sind die Bedarfsgemeinschaften aus den Herkunftsländern meist größer und die Kosten der Unterkunft deshalb höher, insbesondere, wenn sich nur einer in der Familie in einem Arbeitsverhältnis mit einem Gehalt auf Helferniveau befindet. Somit ist es schwer von den SGB II Leistungen weg zu kommen. 22,7 % sind Kunden mit Erwerbseinkommen, die Kostenstruktur ist jedoch nicht bedarfsdeckend. Herr Kowalczyk ergänzt, dass in dieser Quote auch Menschen im nicht erwerbsfähigen Alter oder Schüler_innen einbezogen sind. Mit dem Nichtberücksichtigen dieser verändert sich automatisch auch das Verhältnis.

KA Hannewald führt ebenfalls aus, dass sie gelesen hat, viele Bürgergeldempfänger_innen würden ihre Termine im Jobcenter immer öfter nicht wahrnehmen. Sie fragt, inwiefern das im Jobcenter ME-aktiv bestätigt werden kann. Frau Schöndorf verneint diese Annahme. Weiterhin erläutert sie, dass die Termintreue bei jungen Menschen nicht hoch sei, dies jedoch schon immer so gewesen ist. Insbesondere bei den Geflüchteten sei die Termintreue aber hoch. Bei dem Nichterscheinen zu einem Termin gibt es meist eine Begründung. Zuletzt thematisiert KA Hannewald das Thema Fernwärme. Hier sollen die Abrechnungen oft rechtswidrig sein und die Beträge häufig nur geschätzt. Dadurch seien sie weit überhöht. Fraglich ist für sie, ob das vom Jobcenter kontrolliert wird. Frau Schöndorf äußert, dass das Verhältnis geprüft wird. Im Jobcenter befinden sich jedoch keine Fachexperten für Fernwärme. KA Hannewald fragt, ob deswegen überhaupt eine ordnungsgemäße Prüfung der Abrechnungen sichergestellt werden kann. Frau Schöndorf bestätigt, dass genau darauf geachtet wird und bei Auffälligkeiten mit Versorgern ins Gespräch gegangen wird.

KA Kanschätz fragt, ob es bei den Arbeitsgelegenheiten aufgrund der Kürzungen weniger kleinere Träger gibt. Herr Grahl antwortet, dass es sich lediglich um zwei bis vier Träger handelt. Diese haben aber auch von sich aus keinen Antrag mehr gestellt.

KA Brixius fragt, wie die Krankheitsquote im Jobcenter im Vergleich zu anderen Regionen ist und ob es Verbesserungen gibt. Hierzu führt Frau Schöndorf aus, dass es seit vielen Jahren ein gleichbleibendes Niveau ist, auch im Vergleich zu anderen Jobcentern in der Umgebung. Sie untersuchen dabei, was positive und negative Beeinflussungen sein können. Im Jobcenter Mettmann besteht ein gut ausgestattetes betriebliches Gesundheitsmanagement, das auch weiterhin ausgebaut wird. Sie selbst können keine Beeinflussungen feststellen. Die Quote im öffentlichen Dienst ist konstant.

Zu Punkt 5:	Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses aus dem Jahr 2024 - Vorlage Nr. 50/001/2025
--------------------	--

Die Vorsitzende KA Thiele verweist auf die Vorlage. Herr Klemmer informiert, dass keine offenen Beschlüsse oder Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses aus dem Jahr 2024 vorliegen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6:	ALTERnativen 60plus - Bericht Koordination Demenznetz Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 50/004/2025
--------------------	---

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Klemmer, der kurz die Vorlage erläutert. Herr Klemmer informiert, dass es sich hier um eine Regelberichterstattung handelt, die in einem regelmäßigen Abstand von zwei Jahren im Sozialausschuss vorgestellt wird. Ziel der Berichterstattung ist es, ein besseres Gesamtbild über das Programm und seine verschiedenen Modelle zu schaffen. Ferner teilt er mit, dass alle Planstellen besetzt werden konnten. Die neuen Kolleg_innen befinden sich aktuell in der Einarbeitung. In dem letzten Sozialausschuss wurden bereits die Fachdaten des Berichtes vorgestellt. Natürlich konnten zu Beginn der Gründung große Schritte vermerkt werden, die nach dem Start zwar kleiner erscheinen. Es ist jedoch zu betonen, dass das Programm sich kontinuierlich weiterentwickelt. Der aktuelle Flyer wird dem Protokoll beigelegt (Anlage 1).

KA Kuchler bedankt sich für den Bericht und erkundigt sich nach den bestehenden Versorgungsstrukturen für jüngere Betroffene. Die Angebote der Einrichtungen sind in den meisten Fällen an Senior_innen ausgerichtet. Dies gestaltet einen Aufenthalt für jüngere Betroffene als sehr schwierig. 2015 gab es eine Stiftung in der Stadt Hilden, die eine Art Demenzdorf aufbauen wollte. KA Kuchler fragt, ob ein ähnliches Angebot für jüngere Betroffene im Kreis Mettmann besteht, da eine enorme Zunahme dieser Fälle festzustellen ist.

Herr Klemmer erklärt zunächst, dass das Demenznetzwerk alle Ebenen im Blick hat. Auch für die Angehörigen stellt es eine enorme Belastung dar, weshalb das Programm ebenfalls Hilfestrukturen für diese Gruppe entwickeln möchte. Zudem zählt die Pflege von jüngeren Betroffenen auch zur Pflegeplanung. Die angesprochenen Tagesstrukturen befinden sich in Bearbeitung. Ein Austausch mit den Städten ist vorhanden. Im Südkreis wurde der Auftrag erteilt, den Bedarf an Tagesstrukturen für jüngere Betroffene zu beobachten, um gegebenenfalls eine Entscheidung über deren Notwendigkeit zu treffen. Das Thema wird in den nächsten Sozialausschuss mit aufgenommen.

KA Cleve merkt an, dass die in der Vorlage abgebildeten Zahlen den Eindruck hinterlassen, als würden sie stetig zurückgehen. Er fragt, welchen Hintergrund dieser Rückgang hat und ob es sich dabei um einen Corona-Effekt handelt.

Herr Klemmer teilt mit, dass die in der Vorlage enthaltenden Zahlen anhand der sich verändernden Bevölkerungszahl bemessen werden. Der Rückgang der Kursteilnehmendenzahlen ist darauf zurückzuführen, dass die Basiskurse nicht mehr in dem bisherigen Umfang benötigt werden. Es handelt sich dabei um eine Eigeninitiative.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 7:	Rechtliche Betreuung - aktuelle Entwicklungen - Vorlage Nr. 50/002/2025
--------------------	--

KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Klemmer. Dieser erläutert die Vorlage und führt aus, dass es sich um die dritte Regelberichterstattung seit der Reform des Betreuungsrechts handelt. In der Vorlage kann der aktuelle Stand zu den Neuregelungen entnommen werden. Ein großes Thema ist die Einführung eines Ehegatten-Notvertretungsrechts, um einen Rückgang von neu eingeleiteten Gerichtsverfahren zu erzielen. Dies konnte in den Jahren 2023 und

2024 jedoch nicht festgestellt werden. Zusätzlich müssen ehrenamtliche Betreuer_innen eine Selbstauskunft über ihre Eignung vorlegen. Aufgrund der Rückmeldung, dass viele in der Praxis damit überfordert waren, hat der Gesetzgeber das Verfahren vereinfacht, indem die Betreuungsbehörden auf Wunsch der Ehrenamtlichen die Auskunft erteilen können. Eine weitere Neuregelung besteht in der Einführung eines Zulassungsverfahrens für berufliche Betreuer_innen. Der durch die Registrierung erhebliche Zeitaufwand für die Betreuungsbehörde konnte überwiegend mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden. Aufgrund der höheren Zulassungsbedingungen ist aber ein Nachwuchsmangel festzustellen. Es laufen diesbezüglich bereits Ansätze einer Akquise beim Jobcenter me-aktiv. Darüber hinaus ist eine breitere Öffentlichkeitsarbeit seitens der Betreuungsbehörde geplant. Die Änderungen im Betreuungsrecht sind mit zusätzlichem Verwaltungs- und Ermittlungsaufwand verbunden. Ein von der Landesregierung beauftragtes Gutachten bestätigte die personelle Mehrbelastung der kommunalen Betreuungsbehörden. Ein finanzieller Ausgleich für diese Mehrbelastung wurde zugesagt und beläuft sich auf jährlich ca. 150.000 €.

KA Herrguth-Mertens merkt an, dass der sachkundige Nachweis mit der Reform des Betreuungsrechts für viele Neueinsteiger_innen eine große finanzielle Bürde darstellt. Der Nachweis ist aber oftmals erforderlich. Sie erkundigt sich, ob es die Möglichkeit eines Zuschusses gibt, um die Personen dabei zu unterstützen. Herr Klemmer antwortet, dass letztlich entschieden werden muss, was überwiegt. Es wurde bereits geprüft, ob im Jobcenter ME-aktiv geeignete Personen vorhanden sind. Allerdings ist zu beachten, dass das Jobcenter in erster Linie auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen abzielt, wobei diese Tätigkeit nicht dazuzählt. Sobald eine geeignete Person gefunden wurde, besteht jedoch die Möglichkeit zu schauen, was möglich ist.

SE Schröder macht auf die Situation der Betreuungsvereine im Kreis Mettmann aufmerksam. Trotz Zuschüssen des Kreises Mettmann herrscht eine starke Unterfinanzierung der Vereine. Es handelt sich dabei um ein großes Problem.

KA Kanschäat fügt hinzu, dass die freien Berufsbetreuer_innen mit derselben Problemlage konfrontiert sind. Sie erhalten dabei keine Zuschüsse vom Kreis. Er weist darauf hin, dass in den nächsten 5 bis 10 Jahren ein erhebliches Problem zu erwarten ist, wenn nicht bereits jetzt massiv dagegen vorgegangen wird. Durch den erheblichen Mehraufwand und die permanenten Kontrollen der Finanzierung, sind die Betreuungsbehörden stark belastet. KA Kanschäat berichtet von einem Fall aus der Stadt Wuppertal, in dem zwei Betreuer_innen ihre Tätigkeit beendet haben, was zu zahlreichen Fällen ohne Betreuung führte. Er betont die Notwendigkeit, deutlich mehr Mittel in das Thema zu investieren und zu überlegen, wie man die Menschen für diese Aufgabe begeistern kann.

Herr Klemmer stimmt zu, dass mehr Bewusstsein für dieses Thema geschaffen werden muss. Er hat den Eindruck, dass es in vielen Bereichen bislang wenig Beachtung gefunden hat. Gleichzeitig ist er überzeugt, dass es ausreichend engagierte Menschen geben wird, sobald sich intensiver damit auseinandergesetzt wird. Allerdings ist auch eine Rücknahme im ehrenamtlichen Bereich zu verzeichnen, was gesellschaftlich eine große Herausforderung darstellt. Ziel ist es, die Betreuung in einem neuen Ansatz zu verringern. Eine Bremswirkung ist bisher aber nicht eingetreten. Daher bleibt das Thema weiterhin im Fokus.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8:	Sachstandsbericht aus dem Kreisintegrationszentrum - Vorlage Nr. 50/003/2025
--------------------	---

Die Vorsitzende KA Thiele spricht ein großes Lob für die gute Vorlage des Integrationszentrums aus und übergibt das Wort an Herrn Kowalczyk. Dieser kann sich dem Lob nur anschließen. Er führt aus, dass die Vorlage die Vielschichtigkeit der Arbeit im Integrationszentrum verdeutlicht. Die in der Vorlage genannten Maßnahmen tragen unter anderem zu einer Öffnung der Gesellschaft, einer Schaffung von Transparenz sowie einer Netzwerkstärkung im Kreis Mettmann bei.

Ein steigender Bedarf zum Thema „Demokratiebildung an Schulen“ führte zu der Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe im Sachgebiet Querschnitt und Bildung. Dabei werden Lehrkräfte in Form von Workshops und zur Verfügung stehenden Infomaterialien gezielt mit eingebunden. Je besser die Lehrkräfte informiert sind, desto mehr Wissen können sie dementsprechend auch an die Schüler_innen weitergeben.

Herr Kowalczyk teilt mit, dass das Landesprogramm KOMM-AN NRW in 2025 aufgrund von Einsparvorgaben der Landesregierung nicht mehr durchgeführt wird. Zwar werden mit der Veröffentlichung der Richtlinie Mittel zur Verfügung gestellt, diese werden aber deutlich gekürzt sein. Das Integrationszentrum ist dennoch zuversichtlich, mit den bestehenden Mitteln ein Teil der in den Kommunen aktiven Initiativen und Angebote weiterhin unterstützen zu können.

Die Strukturebenen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) werden weiterhin kontinuierlich erarbeitet und verbessert. Innerhalb der Fallberatungen wird analysiert, welche Maßnahmen zielführend waren und was zukünftig verbessert werden kann. Außerdem hat das KIM 2024 zwei weitere Kooperationsvereinbarungen mit dem Ausländeramt und der AWO Langenfeld abgeschlossen.

Am kommenden Montag wird die vom KIM eingekaufte Integreat-App online gehen. Ziel der App ist es, zugewanderten Menschen einen leichteren Zugang zu lokalen Informationen im Kreis Mettmann zu ermöglichen. Aktuell werden 14 verschiedene Sprachen in der App zur Verfügung gestellt. Herr Kowalczyk betont, dass es sich hier um einen dynamischen Prozess handelt. Die App kann also bei Bedarf stets angepasst und verbessert werden.

KA Niehof bedankt sich im Namen der gesamten SPD-Fraktion für die Arbeit des Integrationszentrums. Es ist beeindruckend, wie insbesondere das erst seit Mai 2021 bestehende KIM in Schulen und Institutionen bereits so viel auf die Beine gestellt hat. Trotz der Herausforderungen wird der Einsatz für die Demokratie in der Vorlage sehr deutlich.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9: Nachträge

Es liegen keine öffentlichen Nachträge vor.

Vor Eintritt in die Beratungen des nicht-öffentlichen Teils stellt die Vorsitzende KA Thiele die Nicht-Öffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:37 Uhr

gez.
Elke Thiele

gez.
Laura Wallberg